



Er scheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 283. Inserionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 21.

Charlottenburg, den 23. Mai 1902.

29. Jahrg.

### Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Eisenberg (Buntmalerei, Firma Kaller Porzellanfabrik), Hangelar (Bonner Verblendstein- und Thonwarenfabrik), Mannheim-Räfenthal (Rheinische Porzellanfabrik M. Sterner), Markt-leuthen (Porzellanfabrik H. Drechsel), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Tillowitz (gräf. Frankenberg'sche Fabrik), Wedendorf in Westfalen (Firma Grefel u. Co.).

Der Vorstand.

### Von der General-Versammlung.

Vorversammlung vom 17. Mai 1902.

Die Versammlung wird um 8<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Uhr Nachmittags vom Vorsitzenden Wollmann eröffnet.

Zunächst wird eine Mandatsprüfungs-Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen Thieme-Meißner, Brückner-Selb, Böhme-Eisenberg, Robst-Gera.

Dieselbe wird nach der Vorversammlung die Mandate prüfen.

Nichermann-Stadtlim, Stürg-Weißwasser und Rörschner-Coburg fehlen noch.

Seebald und Taumann haben mitgeteilt, daß sie zur Vorversammlung nicht erscheinen können.

Die Tages-Ordnung wird, nachdem der Vertreter von Rahla (Sacher) dafür eintritt, daß Differenzfälle und Sperrverhängung besonders auf die Tages-Ordnung gesetzt werden, die Versammlung aber dem nicht zustimmt, und nachdem weiter der Vertreter der Zahlstelle Berlin II beantragt, auf Mittwoch, den 21. Mai, Abends eine Versammlung zur Tages-Ordnung zuzusetzen, in welcher Frau Emma Jhrer über das Thema „Frauenorganisation“ sprechen soll und dem zugestimmt wird, angenommen, wie sie bereits in der „A.“ veröffentlicht wurde.

Der Vorsitzende giebt die eingegangenen Beschwerden bekannt: Altwasser, Ilmenau (siehe Vorlage), Rudolstadt. Nachträglich eingegangen sind noch die von Mehling-Neu-

halbensleben, Schramberg, Buckau, Mitglied Weber, Magdeburg, Martiroda, Mitglied Altensfelder und ein Gesuch des Mitgliedes Dpig-Altwasser und wird die Zulassung resp. Verhandlung von der Vorversammlung beschlossen.

Die vom Vorstand vorgelegte Geschäfts-Ordnung wird nach kurzer Diskussion angenommen. Bezüglich der Tagung der Sitzungen wird beschlossen, dieselben von Morgens 8—12 und Nachmittags von 2—6 Uhr abzuhalten, mit Ausnahme des Sonntags, wo erst um 9 Uhr die Sitzung beginnen soll.

Festsetzung der Diäten: Fischer und Sieber treten für 12 Ml. für die Delegirten und für die besoldeten Beamten dasselbe unter Abzug des Gehaltes ein. Feter will 10 Mark für die Delegirten und 6 Ml. für die Bureau-beamten zahlen. Winter verweist auf die Diäten, welche die Handels- und Transportarbeiter auf ihrer General-Versammlung gezahlt haben, ebenso auf die oft niederen Verdienste der Porzellanarbeiter und plaidirt für 10 Ml. Den Bureaubeamten keine Diäten zu zahlen, wie seine Zahlstelle es will, dafür ist er persönlich nicht, er hat aber den Auftrag, den Antrag Fürstenberg zu empfehlen. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Hoffmann-Ilmenau plaidirt für einen Antrag Kramer, der erst ein paar Tage Wartezeit will, um dann die Diäten festzusetzen, damit Jeder erst sehen könne, wie er auskommt. Vorläufig will er 10 Ml. Diäten für Delegirte, im Uebrigen aber ist er für Festsetzung von 12 Ml.

Der Verbands-Schriftführer ersucht, sich nicht auf Krämerpolitik einzulassen, es wolle sich gewiß Niemand an den Diäten bereichern für eine Arbeit, die eben nun einmal notwendig sei. Reich ist, nachdem noch weiter für Vertagung bezw. Antrag Kramer gesprochen wird, entschieden dagegen und ersucht dringend, heute zu beschließen. Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Schaper ersucht, nicht zu hoch mit den Diäten zu gehen und tritt für Antrag Wittenberg ein und präcisirt dementsprechend pro Tag 11 Ml. Diäten.

Munkl verweist auf die Berliner Lebensverhältnisse und bittet, nicht die Kosten der

General-Versammlung durch zu lange Diskussionen zu erhöhen; er beantragt 12 Ml. und für die Bureaubeamten dasselbe nach Abzug ihres Gehaltes. Böhme ist gegen 12 Ml. Hoffmann-Schönwald ist für Antrag Waldenburg.

Seelmann plaidirt für die Feiertage und die beiden Reisetage 10 Ml. und die übrigen Tage 12 Ml., für die Bureaubeamten 4 Ml.

Rindfleisch ist für Antrag Gotha. Er sei schon 3 Mal als Delegirter hier gewesen und habe stets die Bemerkung gemacht, daß man bei einem Sage von 12 Ml. nichts erspare; man arbeite ja auch dafür an den Feiertagen. Gärner will nicht über 10 Ml. hinausgehen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte geht ein und wird angenommen. Waldmann beantragt namentliche Abstimmung, zieht denselben aber wieder zurück. Nichermann ist inzwischen eingetroffen. Senglaub nimmt den Antrag Waldmann wieder auf. Hoffmann-Ilmenau unterstützt denselben. Sieber ist dagegen, da geschäftsordnungsmäßig der Antrag auf namentliche Abstimmung erledigt sei. Die Versammlung beschließt, daß die nachträgliche Stellung solchen Antrages unzulässig ist. Beschlossen wird, Diäten zu zahlen für Delegirte 10 Ml., für Bureaubeamte 4 Ml.

In das Bureau der General-Versammlung werden gewählt: als Vorsitzende Böhme und Wollmann, als Schriftführer Rindfleisch und Graab. Damit ist die Tages-Ordnung der Vorversammlung erschöpft.

Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wurde eine gemütliche Unterhaltung, die seitens der Berliner Genossen arrangirt war, abgehalten. Dieselbe war sehr gut besucht und wir glauben, daß die Delegirten, zu Ehren welcher dies gemütliche Beisammensein veranstaltet war, zufriedengestellt worden sind. Es hat der erst kürzlich gegründete Gesangverein der Porzellanarbeiter Berlins unter Leitung seines Dirigenten Herrn Coblenz Proben seiner Schulung abgegeben, die gut ausgefallen sind. Der Dirigent selbst brachte sodann noch einige Piecen von Liszt und Rubinstein zum Vortrag. Ebenso produzirte sich Herr Bischofshel als Violinist in einigen klassischen Piecen. Der Beifall, den die Vortragenden errangen, war ein wohlverdienter.

In der Vorversammlung wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß am Freitag, den 16. Mai, Nachmittags, der Genosse **Carl Huve**, der seit 1892—1901 als Hilfsbeamter des Verbandsassistenten fungierte, verstorben ist, und wird das Andenken desselben durch Erheben von den Plätzen geehrt.

In der Sitzung am Sonntag wurde bekannt gegeben, daß die Beerdigung am Montag, Nachmittags 5 Uhr, stattfindet, es wurde beschlossen, in corpore daran theil zu nehmen, ebenso die Niederlegung eines Kranzes.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit und an dieser Stelle nicht veräumen, dem Verstorbenen einige Worte zu widmen.

Der verstorbene Genosse Huve wurde am 4. Dezember 1839 zu Berlin geboren. Er arbeitete bis zum Jahre 1892 in seinem Berufe als Dreher und bekleidete schon vorher lange Jahre das Amt eines Verbandsrevisors. Er trat bei allen wichtigen Vorkommnissen der Organisation mit seinen Erfahrungen und seinem klaren Urtheil thatkräftig für die Organisation ein. Er war ebenfalls überzeugter Sozialdemokrat und gehörte zuletzt dem sozialdemokratischen Wahlverein Charlottenburg an. 1892 wurde er von der General-Versammlung als Hilfsarbeiter des Verbandsassistenten gewählt. In dieser Stellung hat er sich außerordentlich bewährt. Schon Mitte der neunziger Jahre hatte er mancherlei Krankheiten durchzumachen, denn machte sich die leidige Berufskrankheit bemerkbar, bis ihm schließlich Ende 1900 unmöglich wurde, überhaupt seine Thätigkeit auszuüben. Er verschied am 16. Mai Nachmittags. Todesursache: Lungen- und Kehlkopfkatarrh und Herzschwäche. Den Vertretern der organisierten Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen war es vergönnt, sich sämmtlich an der Beerdigung theilnehmen zu können.

Es war der Verstorbene ein treuer Kämpfer für die Sache des Proletariats, insbesondere der Porzellanarbeiterschaft. Und infolgedessen werden wir und die ganze Porzellanarbeiterschaft dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

### Ein politisches Handbuch für Arbeiter.

Das Sozialdemokratische Reichstagshandbuch\*) das die Parteibuchhandlung Vorwärts herausgegeben und Genosse Schippel bearbeitet hat, liegt nunmehr abgeschlossen in einem ansehnlichen, gut ausgestatteten Band von fast 1200 Seiten vor.

Wir nahmen während des lesenswerthen Erscheinens mehrfach Gelegenheit, einzelne beachtenswerthe Abschnitte hervorzuheben und den Fleiß und die Umsicht bei der Bearbeitung eines ungemein weitläufigen Materials anzuerkennen. Ueber die Anlage des Ganzen, über die Abgrenzung des Stoffes, über die festgehaltenen Richtlinien für die Darstellung ist jedoch erst jetzt ein Ueberblick und ein wirkliches, entscheidendes Urtheil möglich. Und wir dürfen ohne Uebertreibung sagen: gerade wegen des eigenartigen Zuschnittes des Werkes glauben wir, daß es für die verschiedensten Kreise der deutschen Arbeiterbewegung eine werthvolle Quelle der Belehrung sowohl wie der Anregung und Agitation bilden wird. Das Handbuch scheint uns in seiner orientirenden Stoffzusammenfassung ein schlagender Beweis dafür, welche eine reiche Massenpraxis auf dem Gebiete der parlamentarischen und sonstigen politischen Betheiligung, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Selbsthilfe, des Massenwesens, der Beobachtung und Darstellung von sozialen Missständen die deutsche Arbeiterpartei sich in mächtiger, unwiderstehlicher Entfaltung bereits geschaffen hat. Jeder im öffentlichen Leben wirkende muß aber die bisherige Praxis kennen

\*) Der Preis dieses für jeden politisch denkenden Arbeiter, vor Allem aber für alle in der Partei- oder Gewerkschaftsbewegung thätigen, an Krankenkassen, Arbeitersekretariaten und dergleichen angestellten Arbeiter unentbehrlichen Buches beträgt: Gebunden M. 9,00, in 87 Lieferungen M. 7,40.

Am Sonntag, den 18. Mai, Vormittags 9 Uhr wurde die Generalversammlung vom Vorsitzenden Wollmann eröffnet. Er begrüßt die Delegirten, ersucht sachlich zu diskutieren und verweist auf die Wichtigkeit gerade dieser Generalversammlung, auf welcher nach der Krise, die die Organisation durchgemacht habe, die Grundsätze und Pflichten der Organisation in Einklang zu bringen wären. Weiter begrüßt er den Gen. Palme, Obmann des österreichischen Porzellanarbeiterverbandes, sowie den Vertreter der Generalkommission Sabath.

Palme wünscht der Generalversammlung, daß ihre Arbeit zum Besten der Organisation ausfallen möchte. Er verweist auf die mißlichen Verhältnisse in Oesterreich, wo der Untergang der „Union“ durch den Egoismus der einzelnen Branchen veranlaßt worden ist. Er möchte von unseren Verhandlungen lernen. Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt die Anwesenheit sämmtlicher Delegirten. Die Mandate der Delegirten werden sämmtlich für gültig erklärt. Es wird nunmehr in die Verhandlungen eingetreten und zwar giebt Wollmann den Geschäftsbericht des Vorstandes.

Es ist natürlich nicht möglich, während der Verhandlungen, an der wir doch selbstverständlich ein reges Interesse haben, einen Bericht schon für diese Nummer so zu geben, daß die Mitglieder nun über alles orientirt sind. Wir wollen nur einen Auszug geben und verweisen auf das erscheinende ausführliche Protokoll, welches der Gen. Hirsch-Charlottenburg führt und sehr ausführlich zu werden verspricht.

Der Bericht Wollmann verweist u. A. auf die Schwierigkeiten, die durch die letztenjährigen Vorkommnisse in der Organisation, sowie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen wurden und welche Schuld waren, daß eigentlich wenig praktische Arbeit seitens des Vorstandes für die Organisation geleistet werden konnte. Der Vorstand habe vollständig, ja mehr als seine Schuldigkeit, bezüglich der Vermögensaffaire gethan, eine Affaire, wie sie noch keine Organisation durchgemacht habe.

Der Verbandsassistent Herben berichtet an der Hand seiner Abschlüsse über die Klassenverhältnisse. Bereits aus dem in voriger Nummer veröffentlichten Abschlüssen geht ja

und verstehen, ehe er vernünftig weiterbauen kann; er soll aus den alten Erfahrungen stets von Neuem lernen, schon um für die widerstrebenden Kräfte, für die Macht der Gegner ein richtiges Augenmaß zu gewinnen, das bei rein theoretischer und agitatorischer Schulung schwer zu erlangen und festzuhalten ist. Ein wesentlicher Fortschritt des neuen Handbuchs besteht deshalb darin, daß es die konkreten praktischen Fragen, ihre langsame Ausreifung, ihre oft recht verwickelte Vielseitigkeit mehr wie sonst in den Mittelpunkt der Darstellung rückt.

Die bisherigen „Wahlhandbücher“ der Partei suchen ihre Stärke mit Recht nach einer ganz anderen Richtung. Wahlen drehen sich meist um eine beherrschende Frage, die alsdann auch jeder Wahlagitatorschrift die Grundlage geben muß. Bei Wahlen ist die Vernichtung des Gegners alles; hierfür sind alle alten und neuesten „Sünden“ zusammenzutragen, um Waffen für den Angriff zu haben. Alle diese wahlagitatorischen Bedürfnisse sind indes nicht auf Jahr und Tag voranzusehen. Ein gutes Wahlhandbuch muß kurz vor der Eröffnung des Wahlkampfes, aus der augenblicklichen politischen Situation heraus geschrieben werden; je mehr die momentanen Bedürfnisse in ihm zur Geltung kommen, desto besser. Hier hat unsere Parteileitung von jeher anerkannt vorzügliches geleistet und offenbar ist auch Schippel von vornherein von der Anschauung ausgegangen, daß die Anforderungen des nächsten Wahlganges gleichfalls einen eigenen Wahlleitfaden, möglichst aus alter bewährter Hand, verlangen werden und daß darum die eigentlichen Wahlauseinanderlegungen lieber ganz auszulassen seien. So ist eine Charakteristik der einzelnen Parteien und Parteiprogramme unterblieben und man wird das billigen können. Daß trotzdem bei den Einzelfragen (Militär, Flotte, Steuern, Arbeiterschutz) die volkshenliche Haltung der gegnerischen Parteien stets hervorgehoben und gezeichnet wird, ist selbstverständlich.

Auf der anderen Seite hat Schippel, abweichend

hervor, wie auch bezüglich der Klasse die Klasse ihren Einfluß ausgeübt hat. Noch mehr aber sind nach Ansicht des Verbandsassistenten die Beschlüsse der Radolfstädter Generalversammlung, die er als unglücklich bezeichnet, an dem Vermögensrückgang schuld. Es habe sich dadurch eine Mehrausgabe von 46 402 Mark nöthig gemacht. Namens der Revisoren berichtet Posseneder und beantragt Discharge.

Der Redakteur erstattet hierauf seinen Bericht und giebt am Schlusse seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß obwohl an seiner Thätigkeit, insbesondere bezüglich der prinzipiellen Haltung des Organes, wohl kaum zu kritisieren sein werde. Es allen Recht zu machen, sei gerade dem Redakteur eines Gewerkschaftsblattes schwer.

Eine bedauerenswerthe Unterbrechung erleiden die Verhandlungen durch die Mittheilungen des Vorsitzenden über einen Brief, welchen der Gen. A. Hahn an einen Delegirten gerichtet hat und worin unqualifizierbare Beschuldigungen gegen den Vorsitzenden bezw. den Vorstand enthalten sind. Beschlissen wird, das Mitglied Hahn sofort schriftlich aufzufordern, die Beschuldigung bis Donnerstag zurück zu nehmen, widrigenfalls er nicht mehr zu irgend einem Vertrauensamt in der Organisation als befähigt erachtet wird.

Es wird hierauf in die Diskussion über die gehörten Berichte eingetreten. Die Redner kritisieren die Haltung des Vorstandes in Bezug auf die Taktik bei Streiks und Differenzen und kommen da so mancherlei Dinge zur Sprache, die aufzuführen in Form unseres kurzen Berichtes, nicht möglich ist. Auch der Redakteur hat einiges, doch nur wenig abgekommen und war genöthigt zu erklären, daß er früher, wo das Blatt nur vierseitig erschien und derselbe das Schriftführeramt mit bekleidete, eigentlich weniger angestrengt war, wie jetzt, als Redakteur eines achtseitigen Blattes, der gleichzeitig die Expedition desselben allein besorgt.

Da diverse Beschwerden vorliegen, diejenige von Mehlring-Neuhaldensleben als erste verlesen und gleich zu Anfang bemerkt wurde, daß die Verhandlung derselben im Plenum allzu viel Zeit wegnehmen, wird eine Kommission, bestehend aus den Genossen Bühl, Rütten, Seelmann, Stürz, Taumann, gewählt,

von dem bekannten älteren Dr. Burjchen „Sozialpolitisches Handbuch“, auf alle allgemeineren theoretischen Reasonnements (über ehernes Wohngesetz, Mehrwerth, Profitrate . . .) verzichtet und den verfügbaren Raum um so reichlicher für die eigentlichen Gesetzgebungsprobleme offen gehalten. Auch bei den einzelnen Artikeln ist diese Grenzziehung deutlich bemerkbar. Greifen wir z. B. den 30 Druckseiten umfassenden Artikel „Kinderarbeit“ heraus, so ist nur mit ein paar knappen Sätzen der Einleitung an die Sucht des Kapitals nach billigen Kinderhänden, an die bisherige allgemeine kapitalistische Entwicklung erinnert. Dagegen werden die ursprünglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1869 charakterisirt; das erste Eingreifen der Sozialdemokratie, vor allem infolge der sächsischen Erfahrungen, wird geschildert, ebenso die darauf erfolgende Regierungsenquete von 1874/75 und die Aenderung der Gewerbeordnung von 1878 ferner die Verlesche Reform von 1890/91 ausführlich nach ihren Motiven wie nach ihren Ergebnissen. Dann folgt ein Abschnitt über die jüngste „Recherchlitteratur“, ein weiterer Abschnitt über das „Kanzlerumschreiben und die Enquete“ des Reichsamtes des Innern, zuletzt über die neuen „Grundzüge“ und den jetzigen Entwurf. Zusammen mit dem 26 Druckseiten umfassenden Artikel „Hausindustrie“ ergiebt das sowohl für die Erkenntnis sowie für die Kritik der deutschen Zustände eine breit angelegte Einführung.

Den Handbüchern anderer Parteien gegenübergehalten, zeigt sich die denkbar größte Verschiebung der Stoffauswahl infolge des entschlossenen Hervorhebens der Arbeiterfragen. Während z. B. im freisinnigen A. B. C. Buch von jeher die Steuer-, Militär- und Flottenpolitik die Achse bildete, um die sich im Wesentlichen Alles bewegt, behandelt das Sozialdemokratische Reichstagshandbuch in allererster Linie „die Reichsgesetzgebung und die deutsche Arbeiterklasse“ — wie es gleich an der Spitze der Inhaltsübersicht heißt —, ohne daß darum

ble die Beschwerden vorzubereiten und dem Plenum darüber zu berichten hat.

Es giebt dann Kleinwächter seinen Bericht und äußert er sich zunächst über die Beschuldigungen, die ihm bezüglich seines Einmischens in die Vermögensaffäre gemacht worden sind.

Nachdem Schneider, Rütten und Wollmann in 2 stündiger Rede auf die Sache eingegangen, wird folgender Resolution mit 38 Stimmen zugestimmt:

„Die Generalversammlung spricht dem Vorstande, sowie dem Vorsitzenden Wollmann über sein Verhalten in der Angelegenheit um Erlangung des Vermögens die volle Zustimmung und Anerkennung aus.“

Es folgt der Bericht des Schiedsgerichts durch Kleinwächter. Nach längerer Diskussion wird folgender Resolution zugestimmt:

„Die Generalversammlung kann der Thätigkeit des Schiedsgerichts nicht in allen Punkten zustimmen, besonders in dem Falle der Erhebung von Extrabeiträgen, welche der Vorstand verfügt hatte, durfte unter keinen Umständen das Schiedsgericht sich einmischen. Die Stellungnahme des Schiedsgerichts zu der Frage der Extrabeiträge ging über den Rahmen seiner Funktion hinaus. Dergleichen darf sich das Schiedsgericht nicht in das Getriebe der Organisation einmischen.“

Weiter wird folgender Resolution mit 32 Stimmen zugestimmt:

„Die Generalversammlung konstatirt nach vorhergegangener Verhandlung bezüglich der Festlegung des Verbandsvermögens, daß der verstorbene Verbandskassirer Wey infolge seines pflichtwidrigen Verhaltens, d. h. der pflichtwidrigen Zurückziehung der Vollmacht, der Hauptschuldige ist. Dem Verbandsvorsitzenden Wollmann spricht die Generalversammlung für sein Verhalten in dieser Angelegenheit ihre volle Anerkennung aus. Das Verhalten der Zahlstelle Oberhausen verurtheilt die Generalversammlung.“

Die Beschwerdebekommision berichtet durch

Seelmann und stimmt die Generalversammlung folgenden Resolutionen zu:

Zur Beschwerde Mehlring: „Es ist unwahr, daß der Vorstand traurige Anmerkungen zu dem Flugblatt gemacht hat. Der Vorstand hat zu dem Flugblatt überhaupt nicht Stellung genommen. In Bezug auf die guten Rathschläge Mehlring's erklärt die Generalversammlung, selbstständig genug zu sein, ohne dieselben auszukommen. Scharf verurtheilt muß es werden, wenn auf solche Art mit wichtigen Sachen die Zeit der Generalversammlung in Anspruch genommen wird, wie das Mehlring für sich verlangt. Die Beschwerde wider den Redakteur wird als unbegründet zurückgewiesen.“

Zur Beschwerde Altenfelder: „Die Kommission hat nach eingehender Prüfung des Sachverhalts festgestellt, daß das Mitglied Altenfelder keine Veranlassung hatte, mit dem vom Vorstand gegen ihn gefaßten Beschlüssen unzufrieden zu sein. Die Kommission ist vielmehr der Ueberzeugung, daß der Vorstand die weitgehendste Rücksicht gegen das Mitglied Altenfelder hat walten lassen und erklärt, daß der vom Vorstand getroffene Beschluß zu Recht besteht.“

Zur Beschwerde Weher-Buchau: Die Kommission beschließt, Mitglied 12081 Weher hat den Nachweis zu erbringen, daß er sich nicht für 2 Jahre verpflichtet hat, sich an der China-Expedition zu betheiligen, im Falle der Verbringung dieses Nachweises ist das Mitglied in seine alten Rechte zu setzen und denselben die Unterstützung nachträglich zu bewilligen. Gelingt der Nachweis nicht, bleibt der Vorstandsbeschluß in Kraft.

Zur Beschwerde Magdeburg-Neustadt: Die von der Zahlstelle Magdeburg-Neustadt montirte langsame Geschäftsführung des Vorstandes stellt sich nach Kenntnisknahme der näheren Umstände als notwendige Vorsicht heraus, die geboten war durch den Umstand, daß vornehmlich unterstützungsberechtigte Mitglieder entlassen, nicht unterstützungsberechtigte als Tagelöhner beschäf-

tigt wurden. Der Vorstand mußte vermuthen, daß von den dortigen Mitgliedern ganz unzulässige Mittheilungen über Verbandsberechtigung von Verbandsunterstützung derselben an Fabrikbeamte oder den Unternehmer selbst gelangt sind und mußte, um nicht etwa statutenwidrige Feterunterstützung zu gewähren, äußerste Vorsicht walten lassen.

Beschwerde der Zahlstelle Rudolstadt wird zurückgezogen, indem Eismann erklärt, daß die Beschwerde insofern unbegründet ist, als die Hauptverwaltung nur im Rahmen des Statuts gehandelt hat. Dem Vorstand wird mit 17 gegen 14, dem Kassirer und Redakteur einstimmig Decharge erteilt.

In der Dienstag-Nachmittagssitzung wurde eine Kommission (Hoffmann-Schönwald, Munt, Posenecker, Seebald, Senglaub, Spörrl, Süß) gewählt, welche jene Anträge, die die Sanirung der Rasse betreffen, vorberathen und dem Plenum entsprechende Vorschläge machen soll. Inzwischen wird in die Berathung der Anträge bezüglich Rechtsschutz eingetreten und beschlossen, daß Mitglieder sofort Rechtsschutz beanspruchen und erhalten können ohne Zurücklegung einer Karenzzeit, sofern die Organisation ein Interesse an dem Ausgange des betreffenden Rechtsstreites hat.

Das Verbandsorgan betreffend, wird einem Antrage des Vorstandes zugestimmt, wonach Anzeigen über Vergnügungen oder Vorträge und Versammlungen, die nicht der Agitation dienender, beruflicher oder politischer Organisation dienen, mit pro Zeile 15 Pf. bezahlt werden müssen. Alle anderen Anträge, die sich auf die Redaktion beziehen und gewisse Einschränkungen in deren Thätigkeit bezwecken, werden abgelehnt, außer jenen, die dem Redakteur bei Kürzung von Versammlungsberichten volle Freiheit geben, der angenommen wird.

Am Mittwoch berichtet Namens der Rassen-sanirungs-Kommission Herden und geht zunächst auf die Anträge Kahla und Nienau zc. (die Arbeiten der Kommission sind noch nicht beendet) ein, die bezwecken, daß die Mitglieder sich entsprechend ihres Durchschnittsverdienstes

Militär, Flotte, Kolonien, indirekte Steuern irgendwie zu kurz gekommen wären. Keine tiefere, die Gesetzgebung beschäftigende Arbeiterfrage dürfte hier übersehen sein.

Eine Reihe von Aufsätzen zeigt, wie man die Arbeiter unter Ausnahmestellung zu stellen versucht hat: mit Erfolg beim „Sozialistengesetz“, dessen Geschichte 28 Druckseiten beansprucht, ohne Erfolg bei der „Arbeitslosenversicherung“ und dem „Arbeitswilligen“ (Zuchthaus) Gesetz. Dem überall durchbrochenen und lückenhaften „Koalitionsrecht“ im Zusammenhang mit dem Vereins- und Versammlungsgesetz sind weit über 50 Seiten gewidmet, wozu dann noch ergänzend Artikel über die Rechtsfähigkeit der „Berufsvereine“, über die „Streikklause“, über die „Buedbriefe“ und die Scharfmacherpolitik treten. Die Anläufe zur Bestrafung des „Kontraktbruchs“ von den 1877er Entwürfen ab bis zu den jetzigen einzelstaatlichen Gesetzen gegen Landarbeiter werden ausführlich dargestellt. Ebenso ist die Geschichte des „Arbeitsbuchs“ ein Beitrag zum „minderen Recht“ der Arbeiter.

Der Schwerpunkt des Buches fällt jedoch in diejenige Gruppe von Aufsätzen, die in der Inhaltsübersicht unter Arbeiterschutz verzeichnet sind. Eine längere Einführung in die Entwicklung der ganzen hierher gehörigen Gesetzgebung in Deutschland erhalten wir zunächst unter „Arbeiterschutz“, wobei als Ergänzung noch der Artikel „Internationaler Arbeiterschutz“ zu erwähnen wäre. Dann folgen spezielle Darstellungen der einzelnen Gebiete des Schutzes: der Kinderarbeit, der Frauenarbeit, der Sonntagruhe, der Nachtarbeit, des bisher nur in Ansätzen vorhandenen Maximalarbeitstages, des Truckverbotes, der Lohnbeschlagsnahme, der Arbeitsordnungen, der Arbeiterausschüsse u. s. f. — immer, indem die einzelnen mühsamen Fortschritte seit der Reichsgewerbeordnung von 1869 geschichtlich verfolgt und die Verdienste und Anträge der Arbeiter und ihrer Vertreter gebührend hervorgehoben werden. Daran reihen sich abermals zahlreiche Aufsätze über die noch ganz oder zum Theil „ungeschützten Gebiete“ (Hausindustrie, Werkstätten, Landarbeiter, Gefinde, Gärtnerarbeiter) und über Gebiete, für die das Arbeitsrecht eine Spezialströmung erfahren hat und zum Theil auch noch recht rückständig geblieben ist. (Artikel: Bergarbeiter, See-

leute, Binnen-Schiffahrt und Fischerei, Handlungsgehilfen, Bäckereiverordnung, Mülereiverordnung, Gas- und Wasserversorgung, Bauarbeiter, Fleischer, Steinarbeiter, Bekleidungsindustrie, Piegler, Zündholzfabrikation.) Für die „Arbeiterversicherung“ sind die einzelnen Rubriken von selber gegeben, wobei (unter „Unfallversicherung“) besonders auf die geschichtliche Darlegung der Stellungnahme der Arbeiterkongresse und der parlamentarischen Arbeitervertreter zum alten Haftpflichtgesetz und Haftpflichtprinzip hingewiesen sei, da hier neuerdings in der Partei vielfach widersprechende Anschauungen laut geworden sind. Unter Gewerbegericht und Eintragungssamt, Arbeitsamt und Arbeitskammern, Arbeitsnachweis, Kommission für Arbeiterstatistik werden alle bedeutsameren parlamentarischen Anläufe zur Regelung und die gesetzgeberischen Erfolge eingehend vorgeführt. Wie man sieht, ist hier ein reicher und für alle Arbeiterschichten und Arbeiterbestrebungen werthvoller Stoff zusammengetragen und man kann hinzufügen: erst bei einer derartigen Zusammenfassung wird man gewahr, welche vielseitigen Erfolge die deutschen Arbeiter trotz alledem und alledem schon erkämpft haben.

Mit besonderem Eifer hat sich Schöppel dann offenbar auf die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik geworfen, die ihm ja seit langen Jahren geläufig ist. Die Geschichte der Gewerbeordnung im Allgemeinen, die Gesetzgebung über die Innungen, über das Gastgewerbe, das Detailkaufen, über die Börse, die Reichswährung, die Reichsbank, die Post, aber nicht minder auch über die Genossenschaften und die Konsumvereine, die Apotheken, das Seuchenwesen, die Fleischschau, die Margarine, den unlauteren Wettbewerb, die Abzahlungsgeschäfte und vieles Andere kommen ebenso zum Ausdruck wie die Geschichte des deutschen Freihandels bis 1878, des Bismarckschen Schutzolltarifs seit der handelspolitischen „Umkehr“, der Handelsverträge seit 1891, der Sammelpolitik und der neuen Schutzollströmung in den letzten Jahren bis zur jetzigen Zollvorlage. Da die nächsten Jahre ausgefüllt sein werden mit der Neuordnung der Handelsbeziehungen zum Ausland, so sind den einzelnen Ländern (Vereinigten Staaten, Canada, England u. s. w.) daneben noch besondere Abschnitte eingeräumt und zum mindesten immer die Ergebnisse

der Handelsstatistik für das letzte Jahrzehnt mitgeteilt.

Die Armeefragen umfassen dann immer noch 55 Seiten (Armeeeentwicklung im Allgemeinen, zweijährige Dienstzeit, Militärstrafgerichtsordnung), die Flottenfragen an 30 Seiten, die Kolonialpolitik gleichfalls 30 Seiten, dazu die Dampferkonventionen, der Nordostseeanal längere Artikel. Mit den Finanzen und Liebesgaben beschäftigen sich über 80 Seiten, wobei Einzelsteuern stets ihren Platz gefunden haben (Bier, Wörse, Branntwein, Salz, Zucker, Tabak u. s. w.). Auch an „Verfassungsfragen“ ist kein Mangel (Artikel: Reichstag, Bundesrath, Kaiser — Immunität der Abgeordneten, Diktatur, Budgetperioden, Legislaturperioden — Wahlrecht . . .), ebensoviele an „Justizfragen“ (Verurteilung, Entschädigung Unschuldiger, Preßrecht, Majestätsbeleidigung, Duell, lex Heinze u. s. w.).

Ueber Einzelheiten der Stoffauswahl wird man natürlich immer streiten können. Im Großen und Ganzen scheint uns jedoch das Handbuch nach einem festgehaltenen Plan angelegt, der in seinen Grundzügen einem dringenden Bedürfnis der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung entspricht. Dabei ist die Ausführung so gewählt, daß man das Werk sowohl als Lehr- und Lesebuch zur Einführung in die „Recht- und Streitfragen der Reichsgesetzgebung“ benutzen kann, wie auch zum Nachschlagen für momentane Zwecke, was durch ein sehr ausführliches alphabetisches Sachregister wesentlich unterstützt wird. Auch das Wörterstudium des Lesers wird erleichtert durch fortlaufende Hinweise auf die sozialdemokratische und verwandte Literatur, auf die parlamentarischen Akten, die Gesetze und ihre Einzelbestimmungen, ohne daß der Fluß der ganzen Darstellung darunter irgendwie leidet.

Wir glauben darum, daß das vielseitige fleißig bearbeitete Buch in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte, vor Allem in keinem politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterverein. Es wendet sich den wichtigsten Gebieten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiter-Klassenpraxis mit besonderer Betonung und Vorliebe zu. Abge es rückwirkend auch zum Verständniß und damit zur Vertiefung beitragen.

im Verband zu versichern, bezw. Beiträge zu zahlen haben.

Er empfiehlt Namens der Kommission die Anträge Kahla zc.

Es würden danach

bei 14	Mt. Verdienst	25	ßf.
" 14—16	"	30	"
" 16—19	"	35	"
über 19	"	40	"

zu zahlen sein.

In der Diskussion hierüber weist Hoffmann-Flomenau auf die Schwierigkeiten hin, den Durchschnittsverdienst bei den einzelnen Mitgliedern festzustellen, im Uebrigen ist er aber für die Anträge. Kramer empfiehlt die Anträge mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit, daß bei Streiks auch die davon Betroffenen eine ausreichende Unterstützung erhalten müssen, die ihnen dann entsprechend ihrer Höherversicherung werden könne.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Kahla im Prinzip mit 42 Stimmen gegen 1 Stimme angenommen.

Antrag Gotha, der die Diäten der Delegierten auf 12 Mt. statutarisch festlegen will, wird abgelehnt.

Der Antrag Oberhausen, Werkmeisterverband betreffend, führt zu einer regen Debatte und wird der Antrag abgelehnt — es sind also Mitglieder, die gleichzeitig dem Werkmeisterverband angehören, auszuschließen. Bei einem zur Zeit kranken Mitgliede in Schebewitz soll eine Ausnahme gemacht werden.

Dresden und Margarethenhütte haben beantragt, daß Mitglieder, die in einem anderen Berufe Arbeit nehmen und moralisch gezwungen sind, der betreffenden Organisation anzugehören, die Genehmigung hierzu vom Vorstande bekommen, wenn die andere Organisation der Generalkommission angeschlossen ist. Es werden einzelne Fälle vorgeführt, die dies notwendig erscheinen lassen. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso eine Resolution Sacher, wonach der nächste Gewerkschaftskongreß sich mit einem Gegenseitigkeitsverhältnis der einzelnen Gewerkschaften beschäftigen soll.

Antrag Oberhausen. Zusatz zu § 5, Abs. 3: Beschwerden wegen Ausschluß sind innerhalb 4 Wochen an die Beschwerdestanzung zu richten. — Einer Erweiterung des § 6, Abs. 1 in Bezug auf die Pflichterfüllung der Mitglieder, wird zugestimmt. — Ein Antrag Düsseldorf will den unterstützungsberechtigten Mitgliedern, welche ohne Grund die letzten 6 Versammlungen nicht besucht haben, bei Arbeitslosigkeit die Unterstützung um 1 Mt. pro Woche kürzen oder von 13 auf 12 Wochen herabsetzen. Der Antrag wird abgelehnt.

— Ein Schreiben von Köppelsdorf, inhaltlich dessen 3 Mitglieder, welche vom Vorstand ausgeschlossen worden sind, weil sie eine Beschuldigung des Vorstehenden Wollmann nicht zurückgenommen haben, um Prüfung des Falles und eventuell Zurücknahme des Ausschlusses ersuchen, wird verlesen, die Berathung über denselben wird zurückgesetzt. — Die Anträge, welche darauf hinauslaufen, daß der Redakteur dem Vorstande angehören soll, werden nach kurzer Debatte abgelehnt. Weiter werden abgelehnt die Anträge, daß für die Zukunft nicht mehr 200 sondern 300 Mitglieder einen Delegierten zur Generalversammlung zu wählen haben und daß die Generalversammlungen statt alle 3 Jahre, alle 5 Jahre stattfinden sollen. Mitgliederabstimmung betreffend liegen eine ganze Anzahl Anträge vor, die die Inszenierung einer solchen nicht so leicht ermöglichen lassen wollen. Der weitgehendste ist der des Vorstandes, wonach nur 20 Zahlstellen hierzu berechtigt sind, wenn in jeder derselben mindestens die Hälfte der Mit-

glieder anwesend ist. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag Rüks, daß 10 Zahlstellen erst eine Mitglieder-Abstimmung beantragen können, wird mit großer Mehrheit angenommen. — Die Vorfragen auch ferner zur Mitglieder-Abstimmung zu stellen, wird abgelehnt.

Arbeitsnachweis. Dieser Punkt wird lebhaft diskutiert; wie auf den früheren Generalversammlungen, so wird auch diesmal nicht bestritten, daß der Arbeitsnachweis in unseren Händen von Vortheil wäre, jedoch werden auch die Schwierigkeiten und die eventuellen Nachteile, die die Organisatoren, gegenüber den Unorganisirten nicht verkannt und hervorgehoben. Es müßte aber doch einmal der ernsthafte Versuch gemacht werden, etwas und wenn es auch nur wenig sei, auf diesem Gebiete zu schaffen. Obligatorisch den Arbeitsnachweis einzuführen, sei gerade zur Zeit der Krise unmöglich, eher sei zu empfehlen, die Zahlstellen anzuregen, dort, wo es möglich, lokale Arbeitsnachweise zu schaffen und wird eine diesbezügliche Resolution vom Gew. Fischer gestellt.

Die Generalversammlung giebt dem Vorstand den Auftrag, sich mit der Frage des Arbeitsnachweises eingehend zu beschäftigen, um dann den Zahlstellen Vorschläge zu machen, in welcher Weise ein Lokalarbeitsnachweis einzuführen ist.

Eine andere lautet:

„In Anbetracht der Wichtigkeit der Sache wird der Vorstand beauftragt, sich mit derselben zu befassen.“

Die Anträge auf Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises werden abgelehnt. Die erste Resolution wird angenommen, die andere wird dadurch gegenstandslos. — Ein Antrag Berlin II, an Orten, wo ein Arbeitsnachweis besteht, sollen Mitglieder nicht ohne Vermittelung oder Genehmigung desselben in Arbeit treten und sind Fahrkosten an zuwiderhandelnde Mitglieder nicht zu bewilligen, wird angenommen. Die Mittwochssitzung wird geschlossen. (Fortsetzung folgt.)

## Bur Frage der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen.

### II.

Was kann seitens der Gewerkschaften gethan werden, um breitere Massen der Arbeiterinnen ihren Berufsorganisationen zuzuführen und sie innerhalb derselben zu überzeugen, treuen und rührigen Gewerkschafterinnen zu erziehen? Die Antwort auf diese Frage scheint einfach und klar: Agitation zum ersten, zum zweiten und zum dritten Male. Unermüdliches Hineintragen des aufklärenden Wortes unter die Arbeiterinnen, nie rastende Belehrung über die zwingende Nothwendigkeit, den hohen, vielseitigen Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Neben dem überzeugenden Worte aber die beweiskräftige That. Berücksichtigung und Vertheidigung der Arbeiterinneninteressen und Arbeiterinnenforderungen; Ausbau und Pflege von Einrichtungen, welche geeignet sind, die Gewerkschaft nicht bloß als Kampfermacht, sondern auch als Bildnerin und Erzieherin, als Hilfe- und Rechtspendende den weiblichen Mitgliedern lieb und werth zu machen.

Agitation vor Allem, und abermals Agitation, gewiß! Hinter der einfach und klar dünkenden Forderung tauchen jedoch die Fragen auf: Unter welchen Voraussetzungen wird die Agitation unter den Arbeiterinnen ihre volle werbende Kraft erweisen? Und ist die Agitation in öffentlichen Versammlungen allein genügend, die Arbeiterinnen zur Erkenntniß des Organisationsgedankens zu erwidern und sie an die

Gewerkschaft zu fesseln? Sehen wir, wie die Dinge liegen.

In der Hauptsache ist die Agitation unter den Arbeiterinnen bisher in öffentlichen Versammlungen betrieben worden, zu der gelegentlich ergänzend die Agitation durch Verbreitung von Flugblättern, Broschüren zc. trat. Vielfach ist es auch jetzt noch diese Art der Agitation allein, welche die Arbeiterin in ihrer Vereinzelung sucht und der Gemeinsamkeit, der Organisation zuführt. Es bläse den Einfluß der Scharfmacher in die deutsche Regierung tragen, wollten wir uns darüber verbreiten, wie unantbehrlich die Agitation durch öffentliche Versammlungen ist, und was sie bereits erreicht hat. Kein Zweifel jedoch, daß ihre Wirkung gesteigert werden kann durch kluge Berücksichtigung der äußeren Umstände und der inneren Disposition der Arbeiterinnen.

Die Agitation durch öffentliche Versammlungen ist auf die Massenwirkung, den Massenerfolg gestimmt. Wenn ihr Wort auch jeder einzelnen Arbeiterin gilt, jede einzelne zum Klassenbewußten Leben in der Gewerkschaft ruft, so wendet sie sich doch über die einzelne hinweg an die Gesamtheit. Sie wird deshalb die Arbeiterin am sichersten in Zeiten erfassen, wo ganz bestimmte Verhältnisse dieser aus ihrer persönlichen Lage heraus die Zusammengehörigkeit mit ihren Berufsgenossen besonders deutlich zum Bewußtsein bringen; wo sie sich weniger als Einzelpersonlichkeit denn als Glied einer Vielheit fühlt; wo die Verbesserungsbedürftigkeit und Verbesserungsmöglichkeit ihrer Lage mit zwingender Logik auf den gewerkschaftlichen Zusammenschluß hinweist. Die Wochen und Monate der Gährung, welche Lohnbewegungen, Kämpfen vorausgehen, müssen deshalb ganz besonders zur rührigsten Versammlungsagitation unter den Arbeiterinnen her in Frage kommenden Berufe und Gegenden ausgenutzt werden. Auch in den Arbeiterinnenmassen, die für gewöhnlich passiv abseits von der Gewerkschaftsbewegung stehen, hämmert dann eine Ahnung empor, daß die individuell empfundenen Uebel Klassenleiden sind und ein geschlossenes, einheitliches Auftreten der Ausgebeuteten herausfordern. Die äußeren Verhältnisse steigern die innere Empfänglichkeit und Aufnahmefähigkeit der Arbeiterinnen für den Organisationsgedanken, der Druck der proletarischen Klassenlage hilft manche Hindernisse überwinden, welche aus dem weiblichen Empfinden, der weiblichen Rückständigkeit für die Organisation erwachsen. In Zeiten des Kampfes tragen die umfrittenen Ziele, die freigewordenen Stunden ein Uebriges dazu bei, um die Arbeiterinnen der gewerkschaftlichen Agitation zugänglich zu machen. Gewiß, was die Agitation durch öffentliche Versammlungen in den Wochen nahender und durchgelämpfter Bewegungen für die Organisation der Arbeiterinnen leisten kann, darf nicht unterschätzt werden. Erfahrungsgemäß strömen die Arbeiterinnen in solchen Zeiten ebenso rasch und zahlreich der Gewerkschaft zu, als sie ihr dann wieder in Massen schnell fahnenflüchtig den Rücken kehren. Allein trotz alledem ist nicht zu unterschätzen, um wieviel die Agitation in solchen Perioden erleichtert und wirksamer gestaltet wird. In ihnen kann das erste Glied der Kette geschmiebet werden, welche breite Arbeiterinnenmassen an die Berufsorganisation fesselt.

Erweckung der Arbeiterinnen zum Solidaritätsbewußtsein, zum Organisationsgedanken, Sammlung der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften: das sind die Aufgaben, welche der öffentlichen Agitationsversammlung vor Allem in bewegten Zeiten zufallen. Klärung und Schulung des Solidaritätsbewußtseins, Festhalten der Arbeiterinnen in den Organisationen:

diese Aufgaben fallen ihr neben den genannten in den ruhigen Tagen zu. Die Agitationsversammlung muß dafür sorgen, daß der entfachte Funke des Zusammengehörigkeitsgefühls nicht wieder erlischt, daß er vielmehr zur hellleuchtenden Flamme des Klassenbewußtseins wird. Sie hat abzuwehren, daß teilnahmslos auseinander läuft, was sich vertheidigend und fordernd im Kampfe gefunden. Ihr liegt es ob, darauf hinzuwirken, daß sich bei den Arbeiterinnen die Erkenntnis von der Notwendigkeit und den Aufgaben der Gewerkschaft befestigt und entwickelt. Der Inhalt der Agitation muß nun bei allem Anknüpfen an aktuelle Fragen reicher, tiefer, belehrender sein als in Zeiten einer Bewegung, wo er sich meist in wenigen bestimmten Punkten erschöpft. Ein genaues, liebevolles Eingehen auf die Arbeits- und Existenzverhältnisse der Arbeiterin ist besonders nöthig. Wenn diese weniger stark und zwingend ihre Zusammengehörigkeit mit den Berufsgenossen, mit der gesammten Arbeiterklasse empfindet, so muß ihr dieselbe durch die Agitation um so nachdrücklicher zum Bewußtsein gebracht werden. Es gilt zu diesem Zwecke, die hundert feinen, verschlungenen, unzerreißbaren Fäden aufzudecken, die das Schicksal der einzelnen Lohnsklavin mit dem ihrer Schwestern und Brüder verknüpfen. Die Agitation kann sich deshalb nicht an Allgemeinheiten begnügen lassen, nicht an Stichproben über Arbeitsbedingungen zc. aus Gelehrtenwerken und Fabrikinspektorenberichten. So wertvoll das einschlägige Material ist und so gewiß es ausgiebig verwendet werden soll, muß es doch vervollständigt werden durch die Schilderung von den Arbeitsbedingungen und der Lebenslage der Arbeiterinnen jener Berufe und Orte, an welche sich die Agitation richtet. Geschlecht das, so fühlt sich die einzelne Arbeiterin gleichsam persönlich gepöcht und steht unter dem Eindruck, daß das Gesagte sich ganz speziell an sie wendet, für sie angeführt wird. Nur auf Grund gewissenhafter Vertiefung in die betreffenden Verhältnisse und sachkundiger Beherrschung eines zuverlässigen Thatsachenmaterials können die agitatorisch thätigen Kräfte diesen Anforderungen entsprechen. Was in Vorstehendem mit Bezug auf die mündliche Agitation ausgeführt wurde, gilt auch für die schriftliche durch Flugblätter, Artikel zc. Der Sinnen wie der Anderen in dieser Hinsicht gutes Rüstzeug zu liefern ist eine sehr wichtige Aufgabe, welche der Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Berufe und Industriezentren zufällt.

Ebenso auch eine andere Pflicht, die um so bedeutsamer für den Erfolg der öffentlichen Agitation ist, je weniger äußere Umstände ungewöhnlich dringend auf die Arbeiterin einwirken, aus ihrer Vereinzelung herauszutreten und sich der Gewerkschaft anzuschließen. Es ist die gute Vorbereitung und Organisation der Agitation. Den jeweiligen Umständen und Zwecken entsprechend kann die Agitation sich nur an die Arbeiterinnen eines bestimmten Berufs wenden aber auch den Arbeiterinnen aller Art in einem Orte gelten. Aber in jedem Falle müssen die Betreffenden durch eine umfassende, sorgfältige Voragitation in Werkstätten und Betrieben, durch Laufzettel, Plakate u. s. w. aufmerksam gemacht und zum Besuch der Versammlung angehalten werden. Wirklicher als jede andere Art des Hinweises ist in dieser Beziehung immer der persönliche Einfluß. Er vor allem muß bei allen vorkommenden Gelegenheiten von den bereits gewerkschaftlich Organisirten — Arbeitern wie Arbeiterinnen — aufgeboten werden, um die gleichgläubigen, unorganisirten Arbeiterinnen in den Bannkreis der Agitation zu bringen. Wie gut besucht, wie überfüllt müßten nicht die Agitationsversammlungen sein, wenn jedes Ge-

werkschaftsmitglied sich zur Pflicht machte, ihnen jedesmal mindestens zwei unorganisirte Arbeiterinnen zuzuführen.

Ueber das Wann der Agitation haben die lokalen und beruflichen Verhältnisse der Arbeiterinnen ein entscheidendes Wort zu sprechen, welche für die Gewerkschaft gewonnen werden sollen. Ob die Arbeiterinnen in der Stadt leben oder auf dem Lande — wo sie nach Feierabend oft noch mit Garten- und Feldarbeit beschäftigt sind — ob in einer Groß- oder Kleinstadt; ob sie das ganze Jahr hindurch gleichmäßig vertheilte Arbeit haben oder halb Hochsaison, halb Flaue; ob sie sich zeitweilig zu Ueberstunden bequemen müssen; ob ihre Wohnung nahe oder weit von der Arbeitsstätte und dem Versammlungslokal liegt; an welchen Tagen sie relativ am freiesten von Berufsfrohn und Hausarbeit sind: das Alles und vieles Andere noch muß im Hinblick auf den Erfolg der Agitation berücksichtigt werden. Gar manche Einzelheit, die unbedeutend, klein erscheint, entscheidet über den Erfolg oder Mißerfolg einer Agitation. Trotzdem wird gerade durch Außerachtlassen kleiner praktischer Momente viel gesündigt. Mehr als eine Versammlung wird im Vertrauen auf gut Glück zu einem ganz ungeeigneten Zeitpunkt angesetzt, weil eine bekannte agitatorische Kraft in der Nähe ist zc. Das Resultat steht dann meist in schreiendem Gegensatz zu den angewandten Mitteln und Bemühungen. Und schlimmer noch: der gänzliche oder theilweise Mißerfolg schreckt nur zu oft für längere Zeit von weiteren Versuchen zur Organisation der Arbeiterinnen ab. Er lähmt den Eifer Derer, welche die gewerkschaftliche Agitation in die Wege leiten und betreiben sollen. Er läßt die Begeisterung der Arbeiterinnen erkalten, die seit Kurzem der Gewerkschaft angehören und noch nicht geschult und fest genug sind, um aus einem verunglückten Versuch den Ansporn zu regerem Wirken unter den Kameradinnen zu gewinnen.

Daß Frauen als Agitatorinnen besonders erfolgreich unter den Arbeiterinnen wirken, ist bekannt genug und erklärlich. In der weiblichen Eigenart der Referentin ist die Voraussetzung gegeben, die Arbeiterinnen in ihrer weiblichen Eigenart leichter zu verstehen, besser zu verstehen, als im Allgemeinen der Mann das vermag. Empfindungen, Auffassungen, Wünsche und Forderungen, welche in dem Weibsein der Arbeiterin wurzeln, werden der Frau verständlich. Sie verfügt über den Ton, welcher den Weg zum Herzen findet und der auf die noch ungeschulte Arbeiterin oft überzeugender wirkt, als die beweiskräftigste Argumentation. Sie kleidet ihre Gedankengänge in Formen und Ausdrücke, welche der Arbeiterin das Verständniß erleichtern. Ganz besonders wirksam wird aber die gewerkschaftliche Agitation gefördert, wenn sie von einer Arbeiterin oder ehemaligen Arbeiterin, einer Berufsgenossin betrieben wird. Keine noch so gründliche, durch gewissenhaftes Studium erworbene Sachkenntnis; keine noch so glänzende Beredsamkeit kann unseres Erachtens die agitatorische Kraft von Ausführungen ersetzen, welche eine geschulte, aufgeklärte Arbeiterin an ihre Schwestern richtet. Wie wächst die Aufmerksamkeit, das Interesse, wie eindringlicher wirkt eine Rede, wenn die Zuhörerinnen sich bei jedem Satze sagen: die da spricht ist Wein von unserem Wein und Fleisch von unserem Fleisch, sie hat gearbeitet wie wir und gelitten wie wir. Sie kennt die Härte unserer Plage, die Einzelheiten, welche sie verschärfen oder mildern. Ihr ist jeder Handgriff vertraut, der im Laufe der langen Tagesarbeit unsere Muskeln ermüdet, an unseren Nerven zerrt und sie abstumpft. Sie hat die Bitterkeit von Schikanen und Grobheiten erfahren, sie weiß,

welche Entbehnungen und Sorgen Hungerlöhne mit sich bringen; sie spricht von uns und in unserer Sprache. Daß die Gewerkschaftsbewegung sich Agitatorinnen aus den Reihen der Arbeiterinnen, der proletarischen Frauen heranzieht, ist deshalb von größter Wichtigkeit für die Fortschritte der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen.

So Unerseßliches aber auch für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen eine wohl vorbereitete öffentliche Agitation leistet, die zur rechten Zeit und von den richtigen, gutausgerüsteten Kräften betrieben wird: neben ihr kommt einer anderen Form der gewerkschaftlichen Agitation die höchste Bedeutung zu. Es ist die Werkstübchenorganisation. Mit ihr werden wir uns in dem folgenden Artikel eingehend beschäftigen. (Gleichheit.)

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Nach folgenden Orten können die Mitglieder weder Fahrkosten noch Unterstützung erhalten (keine Sperre) und können nur auf eigenes Risiko Stellung dort nehmen, weil die betreffenden Firmen Verbandsmitglieder boykottiren:

Alexandrinenthal, Althaldensleben (außer W. Gerike, C. Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Breslau (Giesel, Steingutfabrik), Frankfurt a. O. (Baerisch, Mattschaff), Garstitz, Gersweiler, Gräfenroba (Greene, Heißner, Eckert u. Menz), Löhner (Diefinger), Ramenz (D. Vogt), Königszell, Jmenau (Wicht u. Co.), Langewiesen, Passau, Rodach, Rheinsberg, Roschütz b. Gera, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Stanowitz, Seegerhall, Suhl, Sörnewitz, Schweidnitz (Krause), Scheibe, Thale (Eisenwerk), Triptis.

Sofern Mitglieder in obigen Geschäften arbeiten und der Ansicht sind, daß die Firmeninhaber nichts mehr gegen die Verbandszugehörigkeit einzuwenden haben, so wolle man versuchen, eine schriftliche Erklärung hierüber zu erlangen, damit der betreffende Ort in obiger Liste gestrichen werden kann.

Der Vorstand.

### 125. Vorstandssitzung vom 6. 5. 1902.

Entschuldigt fehlt Herben; der Redakteur Zahn, Revisor Posenecker nehmen an der Sitzung Theil. Als Protokollführer für die Generalversammlung soll Genosse Hirsch, Charlottenburg, gewonnen werden, nachdem der bisherige Protokollant anderweitig verpflichtet ist. — Von Mitgl. Mehlung, Neuhaldensleben, ist eine Beschwerdeschrift an den Vorstand und die Generalversammlung eingegangen. Zu derselben wird Uebergang zur Tagesordnung beschloffen, der Generalversammlung jedoch wird das Schreiben unterbreitet werden. — Entscheidungen des Schiedsgerichts in Beschwerdefachen der Mitglieder 24104 Selb, 23232 Oberhöndorf, 22418 Jmenau werden zur Kenntnis genommen und zurückgestellt, bis die in Aussicht gestellte ausführliche Begründung der Urtheile eingegangen ist. — Von Farge wird berichtet, daß sich einige Mitglieder außerhalb gefasster Zahlstellenbeschlässe stellen und werden Verhaltensmaßregeln gewünscht. Der Vorstand ist der Meinung, daß alle Mitglieder allen Mehrheitsbeschloffen strikt nachzukommen haben, jedoch wird Beschlusfassung vertagt, in Rücksicht darauf, daß die bevorstehende Generalversammlung sich mit der Disziplin in der Organisation im Allgemeinen zu beschäftigen haben wird. — Eine Zuschrift von Romar, Verhältnisse der Steingutfabrik betreffend, ist mit Kenntnisaufnahme erledigt. Im Anschluß an einen weiteren Bericht derselben Zahlstelle, die Verhältnisse in der Porzellanfabrik betreffend, wird beschloffen, die Differenzen als erledigt zu erklären und soll der Verwaltung das Weitere mitgeteilt werden. Unterstützung für 28 658 wird nach § 10 des U. A. abgelehnt. — Dem Mitgliede 22 174 Gräfenroba wird Rückschick bewilligt. — Von Manheim wird berichtet, daß das Mitglied 22 126 darlehensweise Fahrkosten von der Zahlstelle erhalten hat und wünscht die Zahlstelle diesen Betrag aus der Verbandskasse erstattet; dies wird abgelehnt. — Verantragte weitere Unterstützung nach Stadt Lengsfeld wird abgelehnt. Mitgliedszuschüsse bis einschließlich Monat März bewilligt. — Dem Mitgliede 4509 Berlin II (Göteborg) wird die Unterstützung, entsprechend § 8 des Statuts, vom Tage des Aufenthalts in Deutschland

# Die Arbeitslosigkeit bei den organisierten Porzellan- und verw. Arbeitern.

Nach den Monatsberichten der Zahlstellenkommissionen.

Monat	a. Zahl der berichten- den Zahl- stellen (Zweig- vereine)	b. Die Zahlstellen hatten zusammen Mitglieder	Innerhalb des Monats waren zeitweilig oder dauernd stellungslos in den Zahl- stellen zusammen Mitglieder:			f. Unterstützung auf der Durch- reise erhoben Mitglieder mal
			c. mit Unter- stützung am Ort	d. ohne Unter- stützung	e. überhaupt (c und d zus.)	
<b>1901.</b>						
Juli . . . . .	140	8024	143	81	224	145
August . . . . .	139	8604	193	78	271	163
September . . . . .	139	8004	233	69	302	222
Oktober . . . . .	138	8462	254	119	373	144
November . . . . .	135	8354	213	90	303	142
Dezember . . . . .	135	8463	227	160	387	149
Durchschnitt . . . . .	137	8518	210	99	310	160
<b>1902.</b>						
Januar . . . . .	135	8211	193	96	289	100
Februar . . . . .	136	7982	202	117	319	106
März . . . . .	132	7988	187	95	282	88
Durchschnitt . . . . .	134	8060	194	103	297	98

Monat	Gesamtzahl der Unterstützungstage der stellungslosen Mitglieder			Gesamtbetrag der im Monat erhobenen Unterstützungen		
	g. am Ort (Mit- gliederzahl siehe c) Tage	h. auf der Reise (Fälle siehe f) Tage	i. im Ganzen (g und h zu- sammen) Tage	k. britische (Mitgl. siehe c) (Tage siehe g) Mk.	l. auf der Reise (Fälle siehe f) (Tage siehe h) Mk.	m. im Ganzen (k und l zu- sammen) Mk.
<b>1901.</b>						
Juli . . . . .	2 163	591	2 754	3 764,29	892,38	4 656,67
August . . . . .	2 689	762	3 451	4 926,70	1 129,25	6 055,95
September . . . . .	2 920	960	3 880	6 177,39	1 472,50	7 649,89
Oktober . . . . .	3 956	579	4 535	7 543,25	909,72	8 452,97
November . . . . .	3 364	604	3 968	6 825,09	995,01	7 820,10
Dezember . . . . .	4 017	613	4 630	7 194,83	1 006,95	8 201,78
Summa . . . . .	19 109	4109	23 218	36 431,55	6 405,81	42 837,36
Durchschnitt . . . . .	3 184	685	3 869	6 071,92	1 067,63	7 139,56
<b>1902.</b>						
Januar . . . . .	3 349	430	3 779	6 979,88	659,23	7 639,11
Februar . . . . .	4 033	461	4 494	6 042,54	715,90	6 758,44
März . . . . .	2 927	406	3 333	5 458,21	658,69	6 116,90
Summa . . . . .	10 309	1 297	11 606	18 480,63	2 033,82	20 514,45
Durchschnitt . . . . .	3 436	432	3 868	6 160,21	677,94	6 838,15

Monat	Durchschnittlich kommen auf jeden Tag des Monats stellungs- lose Mitglieder			q. Die durch- schnittl. Zahl täglich stel- lungsloser (p) ergibt von der Gesamtzahl b. Mitglied. (b)	Am letzten Tage des Monats waren in Zahlstellen vorhanden Stellungslose		
	n. Unterstützte (Tage siehe i)	o. Nichtunter- stützte	p. im Ganzen (n und o zusammen)		r. unterstützte Mitglieder	s. nicht- unterstützte Mitglieder	t. im Ganzen (r u. s zus.) Mitglieder
<b>1901.</b>							
Juli . . . . .	102	45	147	1,70%	80	44	124
August . . . . .	127	40	167	1,94%	155	48	203
September . . . . .	155	34	189	2,19%	144	54	198
Oktober . . . . .	168	68	236	2,78%	160	62	222
November . . . . .	152	54	206	2,45%	130	60	190
Dezember . . . . .	178	107	285	3,36%	173	100	273
Durchschnitt . . . . .	147	58	205	2,46%	—	—	—
<b>1902.</b>							
Januar . . . . .	140	67	201	2,44%	113	88	201
Februar . . . . .	187	97	284	3,55%	133	107	240
März . . . . .	128	57	185	2,31%	110	64	174
Durchschnitt . . . . .	151	71	223	2,77%	—	—	—

Berichtsmonat	u. Ueber die Geschäftslage in den Berichtsmonaten äußerten sich				v. Ueber das Verhältnis der Ge- schäftslage. Berichtsmonat zu der des vorhergehenden äußerten sich				w. Ueber die Aussichten auf den folgenden Monat äußerten sich			
	ins. gesamt Zahlstellen	und bezeichneten dieselbe als			ins. gesamt Zahlstellen	und bezeichneten die des Berichts- monats als			ins. gesamt Zahlstellen	und bezeichneten die Erwartungen als		
		gut	flau	schlecht		gleich	bessere	schlech- tere		gleich	bessere	schlech- tere
<b>1901.</b>												
Juli . . . . .	129	58	52	19	118	89	5	24	116	82	10	24
August . . . . .	125	45	60	20	123	87	11	25	115	74	13	28
September . . . . .	122	51	49	22	121	72	21	28	114	73	15	26
Oktober . . . . .	130	55	53	22	131	93	14	24	120	94	11	15
November . . . . .	125	51	47	27	124	78	20	26	124	83	11	30
Dezember . . . . .	128	52	47	29	128	70	21	37	122	86	17	19
<b>1902.</b>												
Januar . . . . .	122	57	53	18	127	72	27	28	116	85	20	11
Februar . . . . .	119	69	37	13	125	87	55	13	112	87	17	8
März . . . . .	116	73	34	9	109	73	20	16	108	84	17	7

Genehmigt. — Der beantragte Rechtschutz für Mitglied 9347 Döbeln wird abgelehnt, indem eine Lohnent-  
schädigungsklage unter geschilderten Umständen keine  
Aussicht auf Erfolg bietet. — Eine Beschwerde der  
Verwaltung Kronach wegen Verweigerung der Unter-  
stützungskosten für 5030 nach § 12 des U.-N. wird bis  
nach der Generalversammlung vertagt. — Das Mitglied  
25 936 Marktkeuthen, z. St. in Marktkeuthen,  
welches vom Verband ausgeschlossen wurde, weil dieses  
mit Bestimmtheit als derjenige bezeichnet wurde, welcher  
in einem Brief an den Unternehmer seine Mitarbeiter  
benutzte, verwahrt sich gegen diese Beschuldigung. Be-  
schlossen wird, einen Teil des in Frage kommenden  
Briefes, welcher sich in Händen des Bureaus befindet,  
nebst Handschriften des Mitgliedes, einem Schreibfach-  
verständigen zum Schriftvergleich zu unterbreiten. —  
Von Wien beantragte Rechtschutzkosten sollen zur  
Zahlung angemessen werden. — Von Zahlstelle Berlin II  
wird mitgeteilt, daß die Differenzen bei Schürmer, nach  
erfolgter Unterhandlung mit der Lohnkommission, be-  
glegt sind.

G. Wollmann, J. Schneider,  
Vorstandsvorsitzender, Schriftführer.

## Aus unserm Berufe.

— Unter Nr. 13 der „Magdeburger Volksstimme“:  
Unterföhrung. Der Steingutbrenner  
Emil Hackbusch aus Neustadt war seit län-  
geren Jahren Kassierer des Unterstützungs-  
vereins der Deutschen Porzellandreher. Ge-  
legentlich einer Revision im Jahre 1901 wurde  
in der Kasse ein Fehlbetrag von 1400 Mark  
entdeckt, wovon Hackbusch geständiglich für sich  
900—1000 Mark verbraucht hat. Den Mehr-  
betrag will er anderen Vorstandsmitgliedern  
gesehen und nicht wieder zurückerhalten haben.  
Der Gerichtshof erkannte auf 2 Mo-  
nate Gefängnis.

— Ueber das Vermögen der Märkischen  
Steingutfabrik Vordamm, Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung ist am 10. Mai d. J.  
seitens des königlichen Amtsgerichts Driesen  
auf Antrag der Firma Ferd. Ziegler u. Co,  
Berlin O., die eine Waarenforderung von  
3500 Mk. 3 Pf. erhebt und weil der Geschäftsführer die Zahlungsfähigkeit und Zahlungs-  
einstellung der Gesellschaft eingedrückt hat,  
das Konkursverfahren eröffnet worden.

Auch in unserer hiesigen Zahlstelle ist es  
anscheinend Mithat am Leben. Die Gleich-  
gültigkeit der hiesigen Berufsangehörigen und  
natürlich wohl erst recht der Berufsangehörigen  
ist eine derartige, daß, wie uns mitgeteilt  
wird, schon zweimal keine Monats-Versamm-  
lung abgehalten werden konnte, weil allzuwenig  
Mitglieder es der Mühe für wert fanden,  
in der Versammlung zu erscheinen. Vielleicht  
wird es nun besser damit.

— Nach Mitteilung an die General-  
versammlung hat am Sonntag, den 18. Mai  
ein Schadenfeuer die Fabrik der Firma Beh-  
mann in Urzberg teilweise zerstört. Es wird  
dadurch eine größere Anzahl unserer Mitglieder  
leider arbeitslos werden.

— Die „Sonneberger Zeitung“ teilt  
mit, daß in der letzten Gläubigerversammlung  
die Porzellanfabrik Stadtlengsfeld zum  
Preis von 345 000 Mark an die Herren  
Neuß und Seiffert aus Eisenach verkauft,  
auf deren Rechnung der Betrieb gleich nach  
Pflichtigen voll beginnen soll.

Es wird sich nun bald zeigen, ob auch  
diese neuen Besitzer in die Fußstapfen der  
früheren bzw. des Herrn Direktor Grimm  
treten und den Arbeitern ihr gesetzliches  
Reaktionsrecht verkümmern wollen.

— Von Wittenberg, ebenso von Suhl  
(Porzellanfabrik Erdm. Schlegelmilch) sind Be-  
richte über dortige mißliche Arbeitsverhältnisse  
eingegangen. Wir sind nicht in der Lage, in  
dieser Woche (wegen der Tagung der General-  
versammlung) das aus den Berichten zu ent-  
nehmen, was die Deffentlichkeit interessiert und

werben in kommender Woche darauf zurückkommen.

Den streikenden französischen Berufsgenossen in Limoges haben wir als erste Rate die Summe von 150 Fr. = 121,80 Mk. übermittelt.

Der Kollege Tillet quittiert unterm 17. Mai hierüber und ersucht uns, den deutschen Genossen den besten Dank für ihre Solidartät auszudrücken, was hiermit geschieht. Er theilt weiter mit, daß die Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen weiter streiken und gerollt sind, nicht eher wieder in die Fabriken zu gehen, bis ihre Forderungen gänzlich erfüllt sind.

Es gingen weitere freiwillige Unterstützungen für unsere französischen Berufsgenossen ein von Mittelteich (gesammelt bei der gemeinschaftlichen Matinee der Zahlstellen Mittelteich und Waldbaffen) 18 Mk., Porzellanarbeiter Dresdens 50 Mk., Zahlstelle Wackau 18,15 Mk., vom Genossen Jakob-Charlottenburg 8 Mk., Summa 94,15 Mk. Derletts quittiert 104,40 Mk. Summa 198,55 Mk.

### Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Ein Jahrbuch der deutschen Gewerkschaften will die Generalkommission, entsprechend einem Beschlusse des 3. deutschen Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M., herausgeben. Dasselbe soll als Handbuch für alle wichtigeren Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden können. Das Handbuch soll enthalten in einem allgemeinen Theile eine Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung des In- und Auslandes, eine wirtschaftliche Revue und Arbeitsmarktschau, sozialpolitische Mittheilungen, Publikationen wichtiger Gesetze und Verordnungen, sowie Entscheidungen über Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht. Den offenbar wichtigsten Theil bildet der statistische, der Vierteljahresübersichten und Jahresstatistiken der deutschen Gewerkschaften über Streiks- und Arbeitslosenzählungen bringen wird. Ferner wird dieser Theil über Gewerkschaften und Streiks im Auslande berichten und die Jahresstatistiken der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate bringen. Ferner sollen in diesem Theile bearbeitet werden die amtlichen Streikstatistiken, die Rechnungsergebnisse der Arbeiterversicherung, die Statistiken der Gewerbegerichte und Arbeitsnachweise, sowie der Gewerbeaufsicht. Schließlich sollen in diesem Theile noch wichtige Sozialstatistiken Aufnahme finden. Dem Ganzen ist noch ein Adressentheil angehängt. Um das Handbuch noch etwas aktueller zu gestalten, als das bei einer jährlichen Ausgabe der Fall sein würde, wird die Herausgabe in Vierteljahresheften beabsichtigt, die am Jahreschlusse zu einem Jahrbuch vereinigt würden. Zweifellos dürfte ein solches Handbuch nicht nur für den Statistiker, sondern auch für den praktischen Gewerkschaftler und jeden im öffentlichen Leben stehenden ganz außerordentlich wichtiges Material, namentlich über die Gewerkschaftsbewegung, die Streikstatistik und den Arbeitsmarkt bieten, der bisher entweder nur mühsam oder gänzlich zugänglich war. Ueber die Gewerkschaftsbewegung konnte man bisher in den Veröffentlichungen der einzelnen Organisationen meist nur zeitlich sehr zurückliegendes, durchaus nicht nach einheitlichen Grundsätzen bearbeitetes Material finden. Die amtliche Streikstatistik schöpft bekanntlich aus sehr obskuren Quellen, und eine wirklich brauchbare fortlaufende Statistik über die Lage des Arbeitsmarktes haben wir zur Zeit überhaupt nicht. Die Generalkommission würde sich deshalb durch

Herausgabe des geplanten Handbuchs zweifellos ein Verdienst erwerben.

Der Plan der Errichtung eines Volkshauses in Dresden hat sich sehr schnell verwirklichen lassen. Die Kommission hat das Hotel zum Schwan (Hilfenberg- und Moritzstraße) in der Zwangsversteigerung erstanden und die darauf stehenden Hypotheken gegen billigen Zinsfuß auf sieben Jahre gesichert. Das Grundstück entspricht als bisheriges Hotel den gewollten Zwecken und man hofft, dasselbe in etwa 4 Wochen seiner neuen Bestimmung übergeben zu können.

— Die Arbeitsbörsen, jene wichtigen gewerkschaftlichen Organisationen der französischen Arbeiterschaft, werden in einer fragmentarischen Studie gewürdigt, die den jüngst verstorbenen Generalsekretär der Föderation der Arbeitsbörsen, Fernand Palloutier, zum Verfasser hat, und der wir nach der „Leipziger Volksztg.“ folgende Angaben entnehmen:

Die Arbeitsbörsen sind eine Erscheinung jüngeren Datums, 1886 wurde die erste Arbeitsbörse in Paris gegründet, 1892 vereinigten sich schon die 14 existierenden Börsen zu einer Föderation für ganz Frankreich, mit einem leitenden Föderalkomitee in Paris, bestehend aus je einem Vertreter von jeder Börse. Gegenwärtig giebt es in Frankreich 68 Arbeitsbörsen in allen wichtigeren Industriezentren, die in dem Pariser Zentralkomitee vereinigt sind und jährliche Kongresse abhalten.

Was ist eigentlich eine Arbeitsbörse? Wenn wir eine Analogie aus unserem deutschen Gewerkschaftsleben herausgreifen müßten, so würden wir am ehesten die Arbeitsbörse als das ins Französische übersezte Gewerkschaftskartell bezeichnen. Es ist dies nämlich die lokale Verbindung der örtlichen Gewerkschaften in einer größeren Stadt. Allein sowohl ihren Funktionen, wie dem allgemeinen Charakter der französischen Gewerkschaftsorganisation nach unterscheidet sich die Arbeitsbörse von unserem Gewerkschaftskartell sehr wesentlich.

In Deutschland konzentriert sich das eigentliche gewerkschaftliche Leben, der Kampf, die Kraft der Organisation in den Zentralverbänden, die Gewerkschaftskartelle sind nur die fortlaufenden äußeren Kreuzungsknoten dieser großen Ärterten des gewerkschaftlichen Lebens. In Frankreich ganz umgekehrt. Es genügt, zu bemerken, daß durchaus nicht alle Gewerkschaften überhaupt zu Zentralverbänden für ganz Frankreich vereinigt sind, in vielen Branchen führen die Ortsgruppen ihr Dasein jede für sich. Bezeichnend für die in dieser Beziehung in Frankreich verbreitete Auffassung ist z. B. die Aeußerung eines in Gewerkschaftskreisen mit gewisser Autorität auftretenden Ökonomen und Sozialisten G. Sorel, der in seiner Rede zum Werke Palloutier's sagt: „Die Zentralverbände, die man in ziemlich großer Anzahl gegründet hat, haben nicht viel Lebensfähigkeit aufweisen können, weil die Ortsgruppen, die sie vereinigen, zu viel Interessen haben, die sich in engster Abhängigkeit von lokalen Gewohnheiten und Verhältnissen befinden.“

Das ist in der That das Merkwürdige an den französischen Gewerkschaften und im gleichen Maße das Bezeichnende für ihre Rückständigkeit, daß alle Zentralisation auf nationaler Basis äußerst schwer vor sich geht, während sich das meiste Leben in lokalen Organen konzentriert. Auf dieser Weise sind die Arbeitsbörsen in ihrer heutigen Gestalt von vorneherein eine charakteristische Erscheinung der Zersplitterung und des Ganges zum Partikularismus unter den französischen Gewerkschaftern.

Dementsprechend entwickeln die Arbeitsbörsen eine sehr mannigfaltige Thätigkeit.

Nach dem typischen Beispiel des Statuts der Börse von St. Etienne zerfällt das leitende Komitee einer jeden in 5 Unterkommissionen, deren Beschäftigung sich zertheilt in: die Administration, die Kontrolle der Finanzen, Führung der Statistik sowie des Arbeitsnachweises, die Leitung von beruflichen Unterrichtskursen, Leitung der allgemeinen Propaganda, Herausgabe des offiziellen Organs der Börse, endlich Leitung der Bibliothek.

Eine der Hauptfunktionen der Arbeitsbörsen ist der Arbeitsnachweis. Hier geht das Bestreben seit Jahren dahin, die privaten ausbeuterischen Nachweismuseen, sowie analoge Gemeinbegründungen aus dem Wege zu räumen. Dies gelingt auch den Arbeitsbörsen in ziemlichem Umfange. Durch ständige Verbindungen im ganzen Lande vermitteln sie Stellen an Arbeitslose auf große Entfernungen, z. B. von Nantes nach Tours, von Tours nach Paris etc. Diese allmähliche Erweiterung des Wirkungskreises der Arbeitsbörsen im Arbeitsnachweis hat sogar neulich, 1900, zur Gründung des Nationalen Arbeitsamtes für Statistik und Arbeitsnachweis in Frankreich geführt.

Es entstand aus der Bestrebung der Börsen, möglichst jede Woche miteinander statistische Bulletins über offene Stellen in jedem Berufe auszutauschen. Da sich dabei die Gründung einer eigenen Druckerei als notwendig erwies, wandte sich die Föderation der Börsen an die Regierung um eine Subvention von Fr. 10 000 jährlich. Andererseits befand sich das Kabinet Waldeck-Rousseau gerade um dieselbe Zeit in großer Verlegenheit wegen des ungeheuren Heeres von Arbeitslosen, die nach der Beendigung der Arbeiten an der großen Weltausstellung auf dem Pariser Pflaster lungerten, und suchte mit der weissen Scheu aller Regierungen vor dem „gefährlichen Gesindel“ der hungrigen Proletarier, sie irgendwo hin abzuschicken. Unter diesen Umständen gewährte es die nachgesuchte Subvention an die Arbeitsbörsen, und seitdem wird der Nachrichtendienst für Arbeitsuchende allwöchentlich besorgt. Nebenbei gesagt, hat der Finanzminister diese Subvention, gleich nachdem der Abschub der unliebsten Elemente aus der Hauptstadt geschehen war, wieder entzogen. Erst bürgerliche Radikale in der Kammer hatten sich auf heftige Klagen der Gewerkschaften der Sache wieder angenommen.

Die Angelegenheit des offiziellen Arbeitsamtes ist wiederum für die Thätigkeit der Arbeitsbörsen charakteristisch. Wie bei dieser Gelegenheit, so sind sie auf den meisten Gebieten ihrer Thätigkeit auf die Unterstützung der Staatsorgane zugeschnitten. So beruht ihre in weitem Umfange betriebene Arbeitslosen- und Reiseunterstützung zum größten Theile auf entsprechenden Subventionen der städtischen Gemeinden. Außerdem ist meistens das Lokal, worin die Arbeitsbörse haust, von der Stadt verlehren, auch erhält jede von ihnen eine ständige städtische Unterstützung.

Eigene Mittel besitzen die Arbeitsbörsen so gut wie gar keine. Dementsprechend finden wir auch, daß, während sie sich auf alles Mögliche verlegen: Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, beruflichen Unterricht, allgemeine Bildungskurse, Gründung von Genossenschaften, ja sogar in der letzten Zeit die Schaffung von Gewerbemuseen projektirten, sie gleichzeitig gar keine Rassen für Streikunterstützungen haben, sich überhaupt mit der eigentlichen Leitung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht abgeben. Bekanntlich werden auch die meisten französischen Streiks mit leeren Rassen gemacht und sind nur auf Sammlungen während des Kampfes angewiesen.

In der Gesamtheit der Arbeitsbörsen,

die, wenigstens nach ihren eigenen statistischen Angaben, zirka 250 000, also etwa zwei Drittel aller organisierten Arbeiter repräsentieren, läßt sich gar kein einheitlicher Zug der Gewerkschaftspolitik oder der sozialen Auffassung überhaupt wahrnehmen. In den Köpfen der französischen Gewerkschafter herrscht vielmehr derselbe „intelligente Ektaktismus“, der nach dem eleganten Ausdruck Delloutiers für die Zusammenfassung der Bibliotheken der Arbeitsbörsen maßgebend ist, mit anderen Worten, alle möglichen Ideen und Bestrebungen durcheinander, der alte staubige Ladenhüter, der Generalfreier, natürlich in erster Linie. Den sozialistischen Parteien stehen die Arbeitsbörsen, wenigstens in ihren leitenden Kreisen, eher mit kühler Reserve als freundlich gegenüber. Namentlich gegen die Guesdistisch-Partei richtet sich der Unwille der meisten Börsenbewunderer, aus dem einfachen Grunde, weil die französische Sozialdemokratie von Anfang an, wie die deutsche, nur die Gründung von Zentralverbänden auf dem Boden der modernen Auffassung des Arbeiterkampfes befürwortete und betrieb. Das gegen diese Auffassung gerichtete Werk Pelloutier's kann schließlich auch nur als ein neuer trügerischer Beweis für ihre Nichtigkeit und Notwendigkeit dienen.

**— Rückgang der Lebenshaltung der Arbeiter.** Unsere wiederholten Ausführungen an dieser Stelle über den empfindlichen Rückgang der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung im Laufe des vorigen Jahres werden nunmehr durch die Jahresberichte der Gewerbeinspektoren, der öffentlichen Arbeitsnachweise und Arbeitersekretariate bestätigt. Die Jahresberichte der württembergischen Gewerbeinspektoren für 1901 stellen fest, daß in Maschinen- und Werkzeugfabriken, Eisen gießereien, Anlagen der Holz- und Papierbearbeitung die Löhne zum Teil um 10 bis 20 pCt. und noch mehr herabgesetzt worden sind. Wo außer der Lohnherabsetzung auch noch Einschränkung der Arbeitszeit stattfand, hat sich das Lohnvermögen der Arbeiter so sehr vermindert, daß sie sich mit ihren Familien nur unter großen Entbehrungen durchzubringen vermochten. Von den Jahresberichten der öffentlichen Arbeitsnachweise bespricht namentlich Karlsruhe die Entwicklung der Krise auf die verschiedenen Arbeiterkategorien sehr eingehend. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß unter der großen Zahl der Arbeitslosen, die 1901 die Karlsruher Anstalt besuchten, der Prozentsatz derjenigen Arbeiter, die in ihrer Kleidung und ihrem Schuhwerk heruntergekommen waren, ziemlich belangreich war. Die verringerte Lebenshaltung der Arbeiter habe aber außerdem auch die kleineren Gewerbebetriebe gefährdet. Abgesehen von dem plötzlichen Stillstand innerhalb der Bauhätigkeit machte sich für diese Gewerbetreibenden auch der Umstand ziemlich fühlbar, daß die Kaufkraft eines großen Teiles der Konsumenten infolge wirtschaftlicher Verluste eine Schwächung erfuhr und die Notwendigkeit im Gefolge hatte, sich mit allen Ausgaben einzuschränken. Von den Arbeitersekretariaten geht namentlich Waldburg in seinem Berichte auf die Wirkungen der Krise für die Arbeiter und die dadurch bedingte Herabsetzung der Lebenshaltung sehr ausführlich ein, während wir bei anderen Jahresberichten von Arbeitersekretariaten die Bezugnahme auf diesen wichtigen Punkt vermissen. Zur Ergänzung unserer früheren Ausführungen über den Rückgang der Lebenshaltung möchten wir noch darauf hinweisen, daß der Grad dieses Rückganges deswegen besonders so stark geworden ist, weil im Gegensatz zu früheren Krisenperioden die

Lebensmittelpreise auf der nämlichen Höhe stehen geblieben sind, wie zu jener Zeit, als die Löhne noch relativ hoch waren und die Arbeitslosigkeit gänzlich fehlte. Für Leipzig speziell beirugen die Kosten des Familienbedarfs, berechnet zu dem dreifachen Betrage der Verpflegungsration des deutschen Marinefoliaten, nach der Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ im Juni 1900 19,82 M. Fast das ganze Jahr 1901, mit Ausnahme des Januar, beirugen sie mehr als 20 M.; den höchsten Stand erreichten sie im November 1901 mit 20,98 M. Noch im Jahre 1902 standen sie zweimal, im Januar und März, über 20 M. Im April des laufenden Jahres stehen sie mit 19,88 M. noch eine Kleinigkeit höher als im Juni 1900.

### Versammlungsberichte etc.

**Frankfurt.** Die am Sonnabend, den 10. dieses Monats abgehaltene Zahlstellenversammlung war sehr stark besucht. Aus dem Bericht des Kassiers geht hervor, daß unsere Zahlstelle gegenwärtig eine Mitgliederzahl von 151 hat. Demnach haben wir einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen. Eingang der Versammlung wurde vom Vorsitzenden eine Resolution der bei der Firma Leube beschäftigten Arbeiter zur Veröffentlichung gebracht, in welcher letztere gegen die unehrenhaften Ausführungen des Mitgliedes Scheibel protestieren, welche das Mitglied in der letzten öffentlichen Porzellanarbeiter-Versammlung gegen die bei der Firma Leube beschäftigten Mitglieder gebraucht hat. Nach Erledigung der ersten Punkte kamen die bei der Firma Bauer u. Rosenthal existierenden Arbeits- und Lohnverhältnisse auf die Tagesordnung. Danach wurde über die bei dieser Firma bestehenden Verhältnisse ein ganz trauriges Bild entworfen. Die Verdienste der Arbeiter haben sich durch die fortwährende Einführung neuer Muster, welche auf das äußerste Minimum kalkuliert werden, herabgesetzt, daß eine menschenwürdige Existenz dabei fast ausgeschlossen erscheint; dasselbe ist auch bei den Drehern der Fall. Von diesen verlangt die Firma, daß dieselben nunmehr die Fallpomsen, welche vom Dreher früher nur geformt wurden, jetzt außerdem noch geschliffen, gerändert und verschwammert werden und wird für diese bedeutende Mehrarbeit kein Pfennig gezahlt. Der Verdienst vermindert sich hierdurch in 14 Tagen um 12—18 M. Es wird der Beschluß gefaßt, daß am Montag eine außerordentliche Zahlstellen-Versammlung stattfindet, welche sich ausschließlich mit der Angelegenheit der Firma Bauer u. Rosenthal beschäftigen soll. Es wird ferner angeführt, daß gegen diese fortwährende Verschlechterung einmal Front gemacht wird, und soll dem Vorstand umgehend Mitteilung gemacht werden. Gen. Seelmann legte den Mitgliedern dann noch den Nutzen einer Sterbekasse innerhalb des Verbandes klar, welche von ihm in einem Artikel in der „A.“ projektiert war und wird von der Versammlung einer derartigen Institution zugestimmt. Zum Schluß erscheint das Mitglied Scheibel in der Versammlung, um sich über die Resolution der Mitglieder der Firma Leube zu rehabilitieren, und wurde beantragt, die Resolution nochmals zu veröffentlichen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, mithin war die Angelegenheit erledigt.

**Fell n. S.** Am Sonntag, den 4. Mai, Abends 1/8 Uhr im Saale „Zum Badischen Hof“ feierte die hiesige Zahlstelle ihr 19. Stiftungsfest, verbunden mit der Kaiserfeier. Noch vor Beginn des Festes war der große Saal schon überfüllt; auch viele Frauen und Töchter der Genossen waren anwesend. Die Gesangsabteilung eröffnete die Feier mit dem Arbeitergruß (von J. B. Wobner). Hierauf ergriff der Vorsitzende G. Spörrl das Wort. Nach kurzer Begrüßung erstattete er Bericht über die Tätigkeit seit Gründung der Zahlstelle, betonte den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, ermahnte die Anwesenden fest und treu zu dieser zu stehen, erörterte die Bewegung der zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands nach statistischem Material, appellierte zugleich an die Frauen, sich der Organisation immer mehr und mehr zu nähern, ganz besonders aber ihre Männer daran zu halten, daß sie stets die Versammlungen besuchen möchten. In zündenden Worten legte er der Versammlung klar, welche Stützen die Arbeiter an der Organisation haben. Diese Ausführungen wurden denn auch von der Versammlung mit stürmischen Beifall und einem Hoch auf die Organisation aufgenommen. Nach weiterem Vortrag eines Liedes nahm der zu dieser Feier gewonnene Festredner G. Geel aus Karlsruhe das Wort. In klarer, sachverständlicher Weise erläuterte Redner in 15minütigen Vortrag die Bedeutung der Maidemonstration, welchen die Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit lauschten. Daß seine Ausführungen das Interesse fesselte, bewies die vielen Beifallsbezeugungen und am Schluß das allseitige brausende B.avo. Hierauf wurde von einigen Genossen und Genossinnen das Theaterstück „Die Arbeit“, Festspiel in 4 Szenen von J. Stern, ausgeführt,

welches von sämtlichen Darstellern exakt vorgetragen wurde und auch ungetheilten Beifall fand. Nachdem von der Gesangsabteilung noch einige Lieder vorgetragen wurden und ungezwungene Freude unter der Festversammlung herrschte, wirklich einmal ein schönes Arbeiterfest gefeiert zu haben, ruhte man, da die Postzeitpunkt heranrückte, die heimathlichen Gassen wieder aufzusuchen. Allen derjenigen, die uns zur Verschönerung dieses Festes beigetragen haben, sei hiermit der öffentliche Dank ausgesprochen. Die Zahlstelle kann stolz auf ihr Fest zurückblicken.

### Adressen-Nachtrag.

Stadtlengsfeld. Vors.: Karl Donner, Dreher. Schriftf. und Kass.: Gust. Würer, Maler. Nymphenburg. Vors.: Christoph Jena, Maler, Gernerstraße, Restaurant „Penklofer“, München-Gern. Elsterwolda. Vors.: Gust. Loppe, Dreher. Schriftf.: Herm. Giesecke, Maler. Revis.: Otto Kühne, Dreher. Vertrauensmann: Otto Werner, Dreher. Oberkotzau. Kass.: Karl Puff, Maler.

### Versammlungskalender.

Düsseldorf. Sonnabend, 7. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Nürnberg. Sonnabend, 31. Mai im Felsenkeller, Ecke der Fabrikstraße. Bericht des Delegierten. Pforzheim. Dienstag, 27. Mai. Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden letzten Dienstag im Monat statt. Beiträge werden nur in den Versammlungen entgegengenommen. Unterweißbach. Freitag, 30. Mai (? D. R.) bei Herrn Aug. Thoma. Beitragshafen.

## Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgesellschaft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekt. Aantostes Geschäft dieser Art.

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Klippen u. s. w.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 60 Pf. verkauft. Sendungen werden schnell erledigt.

M. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.



## Goldschmiedere

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung  
Franz Brückner, Feib, Marienstr. 52.

## Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.  
Oskar Rottmann, St. Hillen, Thür.

Hausen. An Unterstützung für das kranke Mitglied Peter Böttner gingen von der Zahlstelle Gotha 10 M. ein. Besten Dank.

Anton Symmer, Ralswiek.

**Lange wieser.** Für den kranken, nunmehr verstorbenen Genossen Traugott Kahl gingen ein: Malerpersonal von Galluba u. Hofmann 19,55. Dreher, Former, Gleiser, Formaleher von Galluba u. Hofmann 15,60. Dreher- und Malerpersonal von Reßler u. Ortloff 19,65. Dreherpersonal der Aktienfabrik Jmenau 10,40. Malerpersonal der Aktienfabrik Jmenau 12,60. Handhuhmacher von Langewieser 6,15. Glasarbeiter von Langewieser 6,—. Weißgerber von Langewieser 4,50. Holzarbeiter von Langewieser 6,65 M. Summa: 101,10 M., worüber die Zahlstelle dankend quittirt.  
J. A.: Edm. Seyffert h.

## Arbeitsmarkt.

### Schreiner und Brenner

auf Emaille sofort gesucht. Schriftproben, Gehaltsanprüche und Zeugnisabschriften erwünscht. Schreiner, welche Schablonen schneiden können, erhalten den Vorzug.

Offerten unter K. 200 an die Redaktion der Ameise.